



Kommunalwahl 2016 Jetzt werden die Weichen für unsere Zukunft gestellt!



Noch geben die etablierten Parteien (CDU/FDP und SPD/Grüne) den Ton im Landkreis Harburg an. Die Resultate sind Verstärkung, Verlärmung, steigende Schulden und ein Politikstil, der die Bürger außen vor lässt. Wir wollen das ändern und brauchen dafür am 11. Sep. 2016 Ihre Stimmen!

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,
in Zeiten wachsender – und berechtigter! – **Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien** und steigender Politikverdrossenheit möchten wir Sie über aktuelle Themen der Kommunalpolitik informieren, Ihnen unsere Sicht der Dinge schildern und Sie für die Teilnahme am politischen Geschehen vor Ort motivieren.

Bei der anstehenden Kommunalwahl am 11. September 2016 geht es um nicht weniger als um **unsere Lebensqualität, eine gerechte Zukunft für kommende Generationen und um unser aller Geldbeutel.**

Nach aktuellen Meinungsumfragen **vertraut der größte Teil der Bevölkerung den Parteien nicht** mehr und hält diese bei wichtigen Themen nicht für kompetent. Dies hat gute Gründe. Denn ob Asylpolitik, TTIP oder die Euro – Rettung: **Regelmäßig entscheidet die Politik ohne Rücksicht auf die** Meinung, die Einwände und die Ängste der **Bevölkerung.** Dabei haben die Menschen und die Mehrheit der Unternehmen (zumeist kleine und mittelständische Betriebe) doch in der Vergangenheit ausreichend bewiesen, dass sie engagiert, interessiert und lösungsorientiert sind und sich verschiedenen Herausforderungen erfolgreich stellen können. Sie haben in den vergangenen Jahren enorme Werte geschaffen, **die öffentlichen Haushalte dagegen – trotz Rekordeinnahmen – riesige Schuldenberge angehäuft.** Die Politik ist nicht in der Lage, für ausreichend Lehrer, Betreuungsplätze oder intakte Straßen zu sorgen. Sie schafft kein Gefühl der Sicherheit oder der sozialen Gerechtigkeit, obwohl sie die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt bekommt.

Anstatt die Bürger zu bevormunden, sollten Politik und Verwaltung das vorhandene Engagement und **das Wissen der Bürger nutzen.** Dies gilt im Bund, im Land und besonders in den Kommunen.

Doch gerade hier, wo Politik und Verwaltung „nah am Bürger“ sind oder es zumindest sein sollten, liegt einiges im Argen. In den Haushalten klaffen zum Teil riesige Löcher, obwohl einige Gemeinden (Bsp. Seevetal) die lokalen Steuern deutlich erhöht haben. Kommenden Generationen wird die Chance auf eine handlungsfähige Politik und Verwaltung verbaut. Auch auf kommunaler Ebene wird lieber im stillen Kämmerlein entschieden und die Bürger vor vollendete Tatsachen gestellt.

Ob bei der Planung von Bau- und Gewerbegebieten, teuren öffentlichen Bauvorhaben oder den Standorten für Asylbewerberunterkünfte, die Bürger im Landkreis Harburg werden

regelmäßig erst dann informiert, wenn alles entschieden ist. Dabei bestimmen besagte Entscheidungen darüber, wie unsere Umwelt in Zukunft aussehen wird. Wir wollen den dörflichen Charakter unseres Landkreises und die Natur erhalten.

Ein „gesunder“ Haushalt sorgt dafür, dass die öffentliche Hand ihre wichtigen Aufgaben heute und in Zukunft ordentlich erfüllen kann und den Bürgern nicht mehr als nötig ins Portemonnaie greift. Darum gilt es, die Verschwendung von Steuermitteln zu verhindern.

Und genau dafür stehen wir, die FW FREIE-WÄHLER-Gemeinschaft Landkreis Harburg e.V. Wir wollen die Bürger so früh wie möglich informieren und sie in Entscheidungsprozesse einbeziehen, damit wichtige Aufgaben gemeinsam erfolgreich gelöst werden können. **Frei vom Einfluss großer Interessengruppen,** einer Parteiführung im fernen Berlin oder ideologischen Beschränkungen werden wir die Probleme und Themen sachorientiert und im besten Interesse der Menschen vor Ort angehen. Dafür brauchen wir **Ihre Stimmen!**

FREIE WÄHLER • FWG

Die weiteren Themen:

- Seite 2-3: Zukunft sichern durch solide Finanzen
- Seite 4: Warum Fracking?
- Seite 5: Hamburg Wasser
- Seite 6: Breitbandausbau in LK-Harburg
- Seite 7: Bezahlbarer Wohnraum
- Seite 8: Kinderbetreuung im LK-Harburg
- Seite 9: Wie fühlen sich Senioren in Seevetal
- Seite 10: Bebauung des ehem. Sportpl. in Fleestedt
- Seite 11: Baugebiet „nördlich Göhlenbach“
- Seite 12: Burg Seevetal
- Seite 13: Wachstum in Seevetal belastet Maschen
- Seite 13: Bahnhofsverlegung in Maschen
- Seite 14: Straßenausbaugebühren
- Seite 15: Hundesteuer sinnvoll eingesetzt?
- Seite 16: Tank- und Rastanlage Meckelfeld
- Seite 17: FREIE WÄHLER auf dem Vormarsch
- S. 18-19: Kandidatenvorstellung zur Kommunalwahl
- Seite 20: Visionen 2030

Zukunft sichern durch solide Finanzen

Obwohl die Steuereinnahmen immer neue Rekorde erreichen, kommen Politik und Verwaltung nicht mit dem Geld aus. Doch die Schulden von heute sind nicht nur die Steuern von morgen, sie verbauen uns und unseren Kindern die Zukunft!

Wir leben in der besten aller Welten, die sich Politiker vorstellen können: hoher Beschäftigungsstand und niedrige Arbeitslosigkeit, steigende Löhne und hohe Unternehmensgewinne. Dies alles hat zur Folge, dass die Steuereinnahmen reichlich sprudeln. Dennoch steigen die Schulden des Landkreises Harburg und die einzelner Gemeinden, wie Seevetal, gewaltig. Ein Ende ist nicht in Sicht. Dabei geht es nicht nur um „Zahlen“. **Was immer weiter steigende Schulden bedeuten, hat uns – im Extremfall - Griechenland eindrucksvoll vorgemacht:** Irgendwann haben staatliche Institutionen kein Geld mehr für die wichtigen Aufgaben, wie z. B. Infrastruktur und Bildung. Eine derartige Entwicklung gilt es zu verhindern!

Die öffentliche Hand muss mit den finanziellen Mitteln, die ihr Bürger und Unternehmen zur Verfügung stellen, endlich auskommen. Hierzu bedarf es einer gerechten Verteilung der Ausgaben und Einnahmen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Dies wird aber seit Jahren von den etablierten Parteien, in wechselnden Koalitionen, verhindert. Im System fehlt nämlich eine starke Stimme vor Ort, die ausschließlich für die Interessen der Bürger spricht. Frei von Parteiräson und Parteifreunden, die um ihre Pfründe auf Landes- und Bundesebene fürchten, können und werden wir FREIE WÄHLER diese Stimme sein!

Dass es im Landkreis Harburg vorbei ist mit dem vermeintlich sorgenfreien Leben wird schon dadurch deutlich, dass bis heute kein Haushaltsplan für 2016 verabschiedet werden konnte. Ältere Planungen sahen vor, dass die **Kassenkredite** des Kreises bis auf **85 Mio €** im Jahr 2018 steigen sollten (von 30 Mio € im Jahr 2016). Doch nach den Angaben der Verwaltung lagen wir bereits **im Jahr 2014 bei 75 Mio €**. Auch wenn die CDU-geführte Verwaltungsspitze gern die Asylikrise als Grund für die dramatische Entwick-

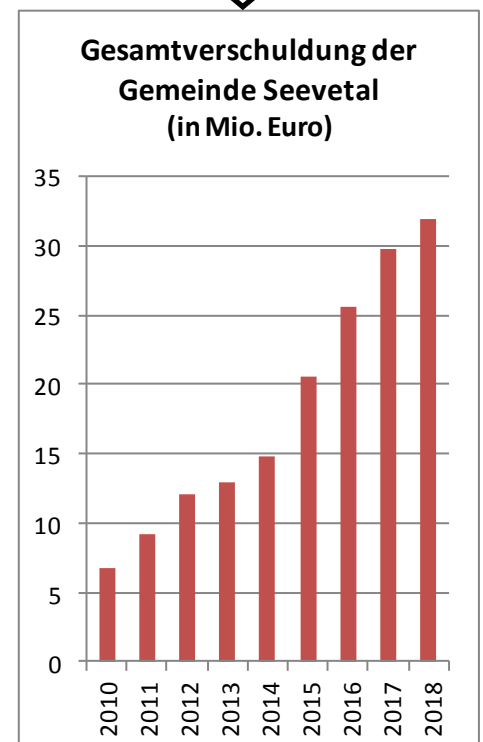
lung anführt, so wird durch die vorliegenden Zahlen deutlich, dass die Misere schon früher begann und damit auch weitere Ursachen haben muss. Wir halten fest, dass es die Parteifreunde dieser Verwaltungsspitze und die überragende Mehrheit des Kreistages sind, die nur unzureichende Mittel für die Bewältigung der Aufgaben des Kreises zur Verfügung stellen. Eine ausreichende Finanzierung des Landkreises Harburg zur Bewältigung der Unterbringung von Asylbewerbern wird nämlich von den Parteispitzen (CDU/SPD im Bund und SPD/Grüne im Land) blockiert. Es ist heuchlerisch, wenn sich Mitglieder der besagten Parteien nun lautstark über die zu geringen Mittel auf kommunaler Ebene beschweren. Wollten die etablierten Parteien die Unterfinanzierung angehen, so hätten sie hierzu schon reichlich Zeit und Gelegenheit gehabt. Das Problem ist nicht neu! Doch es scheint so, als wollten unsere Bundes- und Landespolitiker nichts von ihren Mitteln abgeben, mit denen sie doch allzu gern, besonders mit Blick auf das Wahljahr 2017, großzügig und öffentlichkeitswirksam Wahlgeschenke verteilen können.

Der Kreis hat bereits begonnen, seine Finanzprobleme auf die Gemeinden abzuwälzen, indem er die Kreisumlage (also den Anteil der Steuereinnahmen, den er den Städten und Gemeinden abnimmt) von 48,5 auf 51,5% erhöht hat. Er nimmt ihnen nun also mehr, als er ihnen lässt. Eine weitere Erhöhung ist zu befürchten und würde zu einer Verschärfung der Haushaltslagen in allen Städten und Gemeinden des Landkreises führen. Weitere Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuer-sätze wären die Folge. Hiervon wären auch Mieter betroffen, denn sie zahlen die Grundsteuer über ihre Nebenkostenabrechnungen.

Eine besondere Dramatik hat die Schuldenentwicklung in der **Gemeinde Seevetal** erreicht. In unserer letzten

Broschüre berichteten wir dazu ausführlich, nachzulesen unter: www.fw-harburg-land.de.

Trotz kräftiger Steuererhöhungen von 30 bis 60 Prozentpunkten hat sich der Seevetaler Schuldenberg von unter 7 Mio € in 2010 auf fast 21 Mio € in 2015 bereits verdreifacht und soll bis 2018 nochmals deutlich auf ca. 32 Mio € anwachsen. Eine mögliche Erhöhung der Kreisumlage ist hierbei noch nicht mit eingerechnet!



Quelle: Haushaltsplan 2016 der Gemeinde Seevetal

In der Seevetaler Finanzplanung sind weiter steigende Steuereinnahmen mit eingerechnet. Was passiert, wenn die Steuereinnahmen fallen? Darüber macht sich lieber niemand Gedanken. Das einzige Rezept, das man zur Verhinderung des Bankrotts zu kennen scheint: **mehr Gewerbegebiete und mehr Wohngebiete**. Dass die neuen Wohngebiete auch zusätzliche Kosten für die Infrastruktur (z.B. Straßen, Kindergartenplätze, Schulen, Sozialleistungen etc.) bedeuten und die Gewerbesteuerzahlungen ausfallen können, darüber wird ebenfalls lieber nicht gesprochen.

Die Frage, was die im Landkreis Harburg ansässigen Bürgerinnen und Bürger eigentlich von dieser Finanzsanierungsstrategie halten, wird indes völlig ausgeblendet. **Man lässt sich lieber**

von den Investoren antreiben, die in der Regel ja auch Parteimitglieder sind, oder bestimmte Parteien finanziell unterstützen.

Abgesehen von der Absurdität besagter Finanzstrategie sollte jedem klar sein, dass **unsere Natur auf diese Weise mittel- bis langfristig durch Bau- und Gewerbegebiete ersetzt wird. So werden wir absehbar zu Trabantenstädten von Hamburg verkommen!** Wollen wir mehr Verlärmung und Schadstoffbelastung? Wir wollen das nicht!

Natürlich müssen wir auf den Bedarf von Wohnraum und Gewerbeflächen eingehen. Eine grundsätzliche Verweigerungshaltung entspricht nicht unserer Zielsetzung. Deshalb setzen die FREIEN WÄHLER auf „Bauen im Bestand“ oder „Lückenschluss“. Im Ge-

gensatz zur Erschließung von Neubaugebieten sind bei Erweiterungen im Bestand in der Regel keine zusätzlichen Infrastrukturmaßnahmen zu Lasten der Allgemeinheit erforderlich.

Insofern soll bei unserer Bauplanung auch nicht der Bedarf der Hansestadt Hamburg im Vordergrund stehen. Wir setzen auf ein organisches Wachstum, das sich an den Bedürfnissen der jeweiligen Städte und Gemeinden orientiert.

Bei der Ansiedlung von Gewerbe setzen wir auf innovative Unternehmen, die statt großer Flächen ein lebenswertes Umfeld für kreative Köpfe und ein schnelles Internet benötigen. Insbesondere die Ansiedlung großer Logistikunternehmen lehnen wir strikt ab.

Der Landkreis und die Gemeinden müssen auch in Zukunft wichtige Aufgaben (z.B. Infrastruktur, Kinderbetreuung, Kultur und Soziales) erfüllen. Deshalb fordern wir solide Finanzen für die Sicherung unserer Zukunft!

Finanzpolitische Zielsetzungen:

Gestärkt durch ein gutes Ergebnis auch bei den Kreistagswahlen, könnten wir als die unabhängige Stimme der Bürger vor Ort eine gerechte Verteilung von Lasten und Steuergeldern zwischen Kreis und Gemeinden durchsetzen. Wegen unserer Unabhängigkeit könnten wir dies ohne Rücksicht auf Parteiräson, Lobbyverbände und Parteifreunde tun.

Teure Prestigeprojekte würden wir in Zukunft verhindern und uns auf die notwendigen und wesentlichen Aufgaben konzentrieren.

Für die Verbesserung der Ausgabendisziplin im Landkreis Harburg und in den Gemeinden halten wir eine unvoreingenommene Prüfung aller Ausgaben für erforderlich.



FREIE WÄHLER bilden in guten Zeiten Rücklagen!

Im Gegensatz zu den Parteien kennen wir kein Reglement durch Landes- und Bundesvorstände. Wir können dadurch Verhandlungen mit Vertretern übergeordneter Behörden auf Augenhöhe führen.

Dafür brauchen wir allerdings Ihre Stimmen!

FREIE WÄHLER • FWG



Warum Fracking?

Die Freien Wähler lehnen „Fracking“ grundsätzlich ab und sprechen sich für ein generelles Verbot dieser Fördermethode aus. Wir sind überzeugt davon, dass Deutschland bessere Methoden der Energiegewinnung kennt und nutzen sollte!

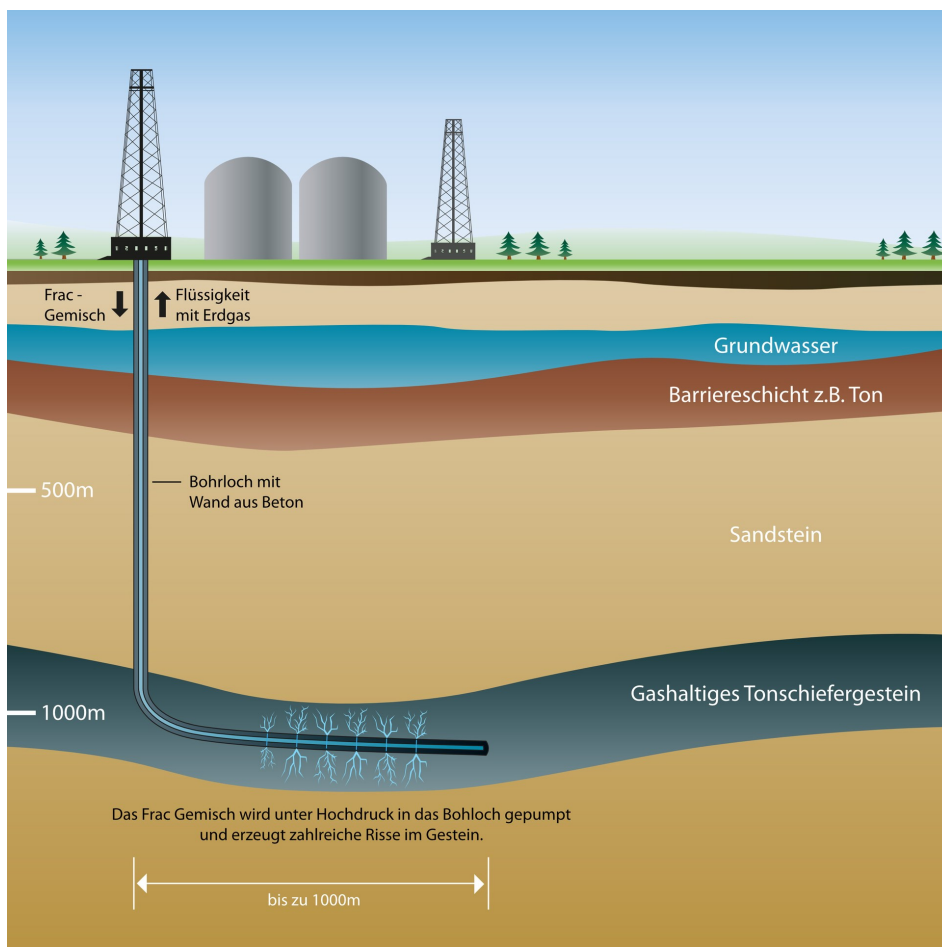
Die globalen Öl- und Gasvorkommen sind begrenzt und werden allgemein als „endlich“ eingeschätzt. Anstatt verstärkt auf „regenerative Energie“ zu setzen, wird in vielen Ländern mit dem „Hydraulic Fracking“ begonnen, einer hoch umstrittenen Methode, die aus tiefen Gesteinsschichten dort gebundenes Gas fördert, das sonst nicht zu den Bohrlöchern strömen würde.

Beim Fracking wird mit Sand und **Chemikalien** versetztes Bohrwasser unter hohem Druck in die Erde gepresst. Dabei werden dem so genannten „Fracfluid“ auch Chemikalien und Stoffe zugesetzt, die **gesundheits- und umweltgefährdend** sind. So wurde z.B. bei einer Bohrung in **Niedersachsen** das wassertoxische und hormonell wirkende Octylphenol **nachgewiesen**. Durch wissenschaftliche Studien wurde zudem belegt, dass Fracking auch **die Gefahr von Erdbeben erhöhen kann**.

Unterhalb von 3.000 m Tiefe ist das „konventionelle“ Fracking auch heute schon zugelassen.

Unsere Bundesregierung (CDU/SPD) will ab 2018 nun auch „unkonventionelles“ Fracking oberhalb einer Tiefe von 3.000 m zulassen, wenn durch eine Umweltverträglichkeitsprüfung gewährleistet werden kann, dass eine Gefährdung auszuschließen ist. Diese Überprüfung soll mittels Probebohrungen die Unbedenklichkeit bestätigen. Bis dahin gelten „Einschränkungen“ für bereits beantragte Fracking-Vorhaben.

Wie leicht Gutachten im Rahmen der Auslegungsmöglichkeiten manipuliert werden können, sollte jedem bekannt sein.



Nur in Trinkwasserschutzgebieten soll Fracking grundsätzlich verboten sein. Hierbei gilt auch zu erwähnen, dass für Bohrungen mit mehreren Fracking-Vorgängen eine **Unmenge an Wasser benötigt** wird, das dem örtlichen Grundwasserkörper entnommen werden muss. Dies kann **massive Auswirkungen auf den Wasserhaushalt** haben.

Und was passiert mit dem Rücklaufwasser? Dieses kann hochgradig belastet sein und muss entsorgt werden. Wie dessen Lagerung und Beseitigung erfolgt, ist noch völlig ungeklärt.

Durch das Fracking können außerdem Risse in den Gesteinsschichten entstehen, durch die dann Gase in das Grundwasser gelangen. In den

USA hat dieser Vorgang bereits zu Explosionen geführt.

Deutschland gilt als Technologieführer in Sachen erneuerbare Energien. Warum also sollen wir das unüberschaubare Risiko einer derart umstrittenen Methode in Kauf nehmen?

Die FREIEN WÄHLER lehnen Fracking in Deutschland generell ab und werden sich für ein grundsätzliches Verbot einsetzen. Dafür brauchen wir am 11. September Ihre Stimmen!

FREIE WÄHLER • FWG

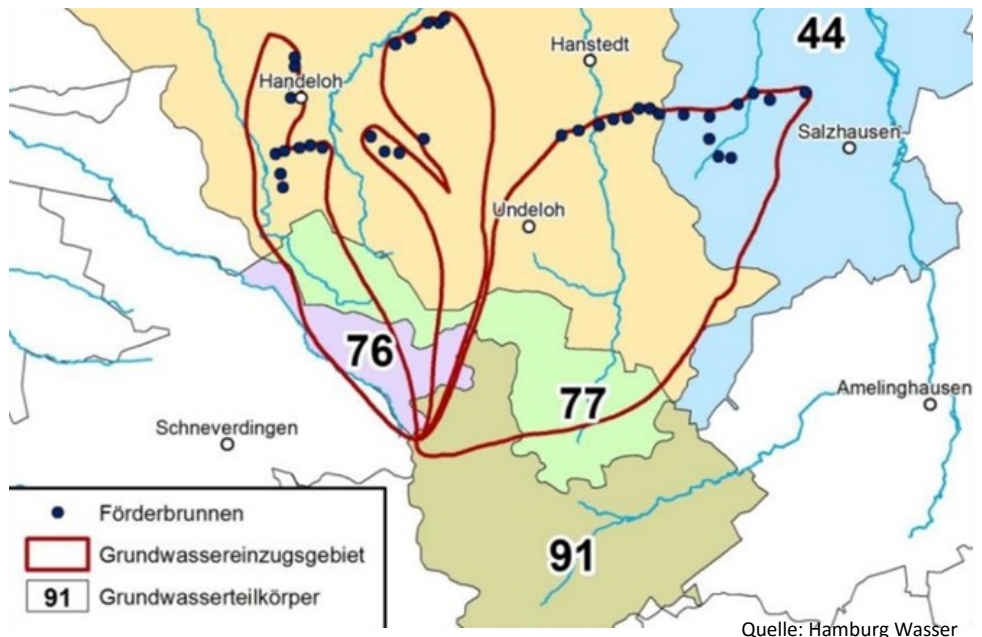


Hamburg Wasser

Seitdem die Hamburger Wasserwerke im Landkreis Harburg Trinkwasser fördern, haben Anwohner der Fördereinzugsgebiete häufiger eine verringerte Wassermenge oder ein Trockenfallen von Bächen beobachtet. Ein Zusammenhang mit der Grundwasserförderung wurde von Hamburg Wasser stets bestritten.

Je nach Jahreszeit benötigen die Hamburger Wasserwerke für ihr Versorgungsgebiet 250.000 bis 400.000 m³ Trinkwasser täglich. Es ergibt sich ein jährlicher Gesamtbedarf von ca. 110 Mio m³! Wegen zu hoher Fördermengen auf Hamburger Stadtgebiet zwischen den 1960er und 1980er Jahren sind einige Grundwasserleiter inzwischen so stark versalzen, dass sie sich nicht mehr für die Grundwasserentnahme eignen. Insofern kann die Stadt Hamburg nur noch ca. 2/3 der benötigten Menge im Hamburger Stadtgebiet fördern. Der Rest wird aus Schleswig Holstein (ca. 28 Mio m³ p.a.) und aus dem Landkreis Harburg (zurzeit ca. 15,7 Mio m³ p.a.) gefördert.

Die Förderanlagen im Landkreis Harburg wurden in den 1970er Jahren fertiggestellt. 1983 bekam der Hamburger Wasserversorger dann von der damals noch zuständigen Bezirksregierung Lüneburg eine Fördergenehmigung für 30 Jahre mit einer maximalen Fördermenge von 25 Mio m³ pro Jahr. Da sich der Wasserverbrauch in der Hansestadt Hamburg seit Anfang der 1980er Jahre bis heute um ca. 50 Mio m³ p.a. reduziert hat, wurde die ursprünglich genehmigte Menge von 25 Mio m³ pro Jahr nicht benötigt und bisher durchschnittlich nur 16 Mio m³ p.a. gefördert. Seit 2004 ist die Fördergenehmigung abgelaufen und es gibt eine Übergangsregelung, die Hamburg Wasser die Förderung von 15,7 Mio m³ jährlich erlaubt. Seit 1999 arbeitet Hamburg Wasser bereits an einem neuen Förderantrag, der nach diversen Nachforderungen (Gutachten der Kreisverwaltung) im August 2015 eingereicht wurde. Die beantragte Fördermenge liegt bei durchschnittlich 16,1 Mio m³ p.a. Im



Ausnahmefall sollen 18,4 Mio m³ p.a. möglich sein.

Rechtlich sieht es so aus, dass Hamburg Wasser eine Genehmigung verlangen kann, wenn wesentliche Voraussetzungen nachweislich erfüllt sind. Insofern müssen die Hamburger Wasserwerke den Bedarf nachweisen und eine von unabhängigen Gutachtern erstellte Unbedenklichkeitsstudie einreichen. Es muss sichergestellt sein, dass durch die Fördermengen kein wirtschaftlicher oder ökologischer Schaden in den betroffenen Fördergebieten entstehen kann. Ferner steht die Prüfung, ob alternative Fördermöglichkeiten bestehen, zur Diskussion.

Dass bei der Durchführung von Untersuchungen und den daraus resultierenden Gutachten immer gewisse Auslegungsspielräume bestehen, ist allgemein bekannt. Einen wesentlichen Schwachpunkt sehen wir insofern bei der Festlegung der Regeneinzugsgebiete. Für Unbedenklichkeitsstudien müssen die „Regen-Dargebote“ um ein vielfaches höher sein als die Fördermenge in dem jeweili-

gen Einzugsgebiet des Förderbrunnens. Reicht die Regenmenge für die vorgesehene Fördermenge rechnerisch nicht aus, lässt sich dieses Problem leicht durch die Erweiterung des Einzugsgebietes lösen.

Unabhängig von dieser Fragestellung ist zu klären, welche Mengen der Beregnungsverband (landwirtschaftliche Feldbewässerung) zusätzlich im Landkreis Harburg fördert. Die geschätzten ca. 10 Mio m³ wurden bisher noch nicht genau nachgewiesen.

Die FREIEN WÄHLER im Landkreis Harburg werden das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren von Hamburg Wasser weiterhin kritisch begleiten.

Die Sicherung einer unserer wertvollsten Ressourcen ist uns wichtig! Unterstützen Sie uns auch bei diesem Vorhaben durch Ihre Stimmen bei der Kommunalwahl am 11. September 2016!

FREIE WÄHLER • FWG



Breitbandausbau im Landkreis Harburg

Kupfer war gestern, die Zukunft gehört der Glasfaser. Was tut der Landkreis Harburg für den Breitbandausbau?

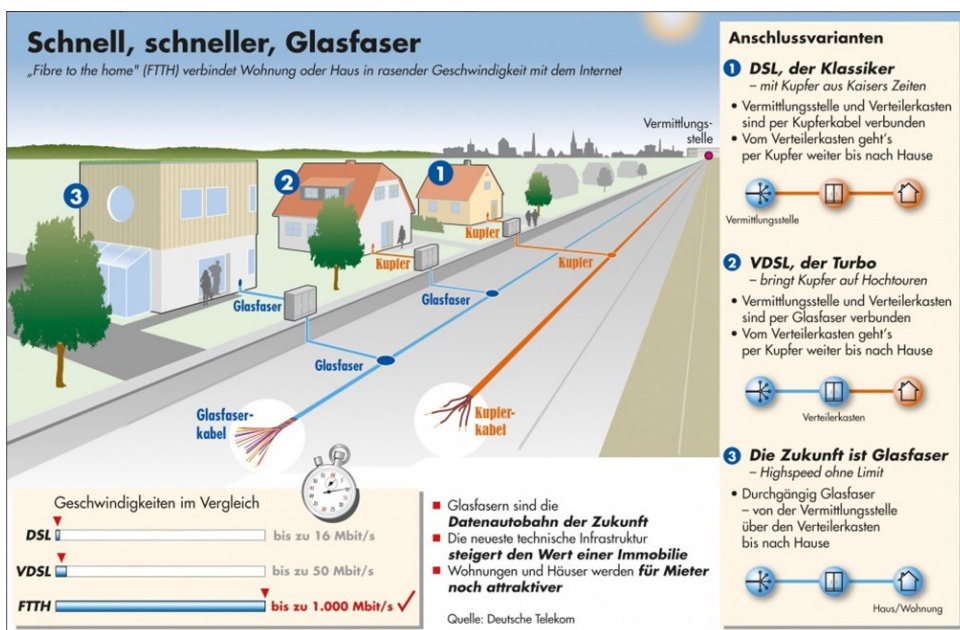
Ist Deutschland dabei, eine wichtige Technologie zu verschlafen? Nur ca. 1,3 % der deutschen Haushalte sind derzeit mit einer Glasfaserverbindung erschlossen. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland damit an 64. Stelle (Quelle: OECD, Juni 2015).

Anstatt gegenzusteuern und Glasfaserverbindungen in die Haushalte zu legen wird nun zunächst versucht, die vorhandene Kupferleitungsinfrastruktur mittels VDSL2-Vectoring aufzubessern bzw. Funkverbindungen (LTE) für die Unterverteilung einzusetzen. Funkverbindungen stoßen allerdings schnell an ihre physikalischen Grenzen, weil die nutzbaren Funk-Frequenzbereiche letztlich begrenzt sind. Dieses Verfahren ist also auch mit neuester Technik nur eingeschränkt ausbaufähig.

Die alten Kupferleitungen im sogenannten VDSL2-Vectoring-Verfahren flott zu machen, kann bis zu 100 Mbit/s bringen. Das Verfahren ist jedoch stör anfällig und läuft beim Upload, also beim Versenden von Daten, deutlich langsamer als beim Datenempfang. Die Nachfolgetechnologie „G.fast“ soll es richten, ist aber noch stör anfälliger als VDSL2-Vectoring und funktioniert nur über kurze Distanzen von bis zu 250m. **Glasfaserverbindungen können mindestens 1.000 Mbit/s störungsfrei über große Distanzen transportieren und sind außerdem abhörsicherer als Kupferleitungen.**

Natürlich liegen die Kosten für Glasfaserverbindungen höher als für Kupferleitungen. Es gibt allerdings bereits eine Glasfaserverbindungsinfrastruktur, die sich im Besitz unterschiedlicher Unternehmen (z.B. Gasversorger) befindet. Häufig sind Kapazitäten frei, die angemietet werden könnten. Auf diese Weise ließen sich Synergien generieren, die Breitbandverbindungen via Glasfaser günstiger machen könnten.

Wie sieht es in Sachen Breitbandausbau derzeit im Landkreis Harburg aus? Inzwischen sind ca. 81% der Haushalte mit einer Leistung von mind. 30 Mbit/s angeschlossen. Bei den restlichen 19 %



ist die Erschließung wegen der starken Streuung der Wohnhäuser und der damit verbundenen relativ hohen Erschließungskosten unwirtschaftlich für private Investoren, wie z.B. die Deutsche Telekom. Um diese Lücke zu schließen, soll der Steuerzahler zur Ader gelassen werden.

Bund und Länder haben im letzten Jahr Förderprogramme für einen bundesweiten Breitbandausbau beschlossen. Das Geld fließt allerdings nur, wenn die Kommunen (Städte, Gemeinden und Landkreise) in etwa die gleiche Summe beisteuern.

Um die Breitbandabdeckung von derzeit 81% auf ca. 95% zu erhöhen, müssten der Landkreis und die Gemeinden ca. 42 Mio € investieren. Die Hälfte davon, also ca. 20 Mio. €, wurde beim Bund und beim Land Niedersachsen als Fördermittel beantragt. Sollte die Förderung genehmigt werden, würden sich der Landkreis und die Städte und Gemeinden die verbleibende Restinvestitionssumme teilen.

Nach Umsetzung des Erschließungsprojektes blieben noch 5% der Haushalte unterhalb des aktuellen Standards von 30 Mbit/s. Diese wären wegen der starken geografischen Streuung der Gebäude nur unter sehr hohem Kostenaufwand zu erschließen

und stehen insofern derzeit nicht in der Planung. Technisch gesehen soll die Leistungssteigerung durch den sogenannten „Kabelverzweigerüberbau“ erfolgen. Dabei werden die Glasfaserverbindungen nicht direkt in die Haushalte gelegt, sondern nur die vorhandenen Verteilerschränke mit Glasfaserverbindungen verbunden. Vom Verteilerschrank zu den Haushalten sollen die Kupferleitungen bestehen bleiben und mit den zuvor beschriebenen VDSL-2-Vectoring-Verfahren beschleunigt werden.

Die Stadt Buchholz i.d.N. und die Samtgemeinde Elbmarsch verfolgen eigene Erschließungsvorhaben mit Glasfasertechnologie, die bis in die Haushalte gelegt werden soll. Sie haben sich deshalb nicht an dem genannten Förderprogramm beteiligt.

Die **FREIEN WÄHLER** im Landkreis Harburg **fordern eine Glasfaserverbindungsinfrastruktur-Analyse**, um alle möglichen Optionen für ein flexibles Glasfaserverversorgungssystem zu entwickeln, das zu einem optimalen **Preis-Leistungs-Verhältnis** führen würde. Unterstützen Sie unser Vorhaben mit Ihren Stimmen!

FREIE WÄHLER • FWG



Bezahlbarer Wohnraum?

ist eines der besonders dringlichen Themen im Hamburger Umland. Doch ist die geplante kommunale Wohnungsbaugesellschaft der richtige Weg zur Lösung der Probleme?

Der Landkreis Harburg plant, eine kommunale (öffentliche) Wohnungsbaugesellschaft zu gründen, um den für niedrige Einkommensgruppen benötigten bezahlbaren Wohnraum mittelfristig vorhalten zu können.

Geplant ist der Bau von 1.000 neuen Wohnungen innerhalb der nächsten fünf Jahre. 2/3 dieser Wohnungen sollen zu einer Kaltmiete von acht Euro pro qm und 1/3 zu einer Kaltmiete von 5,60 Euro pro qm (sozialer Wohnungsbau) vermietet werden. Die Gesellschaft soll kostendeckend arbeiten. Hintergrund dieser Initiative ist, dass der Landkreis Harburg wegen seiner Nähe zu Hamburg auf einem sehr hohen Mietniveau liegt. Auf einer Skala von eins bis sechs liegt Buchholz i.d.N. beispielsweise auf der Stufe sechs, und es werden Kaltmieten von bis zu 13,- /qm gezahlt. Alle anderen Orte im Landkreis Harburg liegen mindestens auf der Stufe vier.

Insgesamt geht es bei dem geplanten Bauprojekt um eine Investitionssumme von 150 Mio €. Davon sollen ca. 70 % fremdfinanziert werden. Höchster Anteilseigner an der noch zu gründenden Gesellschaft soll der Landkreis mit einem Anteil von mindestens 25,1% (Sperrminorität) werden. Die Sparkasse Harburg-Buxtehude soll sich mit 10% beteiligen. Die übrigen ca. 65% könnten dann auf die Städte und Gemeinden des Landkreises verteilt werden.

Unser Kreiskämmerer Herr Uffelmann hat bei der Vorstellung des Projekts zugesichert, dass die Gesellschaft unter Einhaltung einer besonders günstigen Bauweise (2,5- bis 3,5-geschossig, wartungsfreie Gebäudehülle, einfache Konstruktion) Gewinne erwirtschaften würde.

Die FREIEN WÄHLER im Landkreis Harburg könnten diesem Bauprojekt grundsätzlich zustimmen, wenn sichergestellt ist, dass die Gesellschaft keine Verluste erwirtschaftet. **Eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft, die aus Steuergeldern subventioniert werden müsste, lehnen wir ab.** Es ist uns ferner wichtig, dass die geplanten Wohnhäuser einigermaßen gleichmäßig über den Landkreis



verteilt werden. **Ghettobildungen darf es nicht geben.** Außerdem halten wir es für erforderlich, dass sich die **Baukörper architektonisch verträglich in die jeweiligen Umgebungen einfügen.**

Die Vorteile einer öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft sehen wir in erster Linie in der Entlastung unserer Wohngeldkasse. Der Zuschuss zur Miete würde bei geringeren Miethöhen auch geringer ausfallen. Außerdem könnten im Landkreis Harburg ansässige Unternehmen schneller Personal finden, wenn die Menschen hier leichter und günstiger eine Wohnung fänden. Eine Konkurrenz zur privaten Wohnungswirtschaft sehen wir kaum, weil sich die Mieter auf die Wohnungen der Wohnungsbaugesellschaft bewerben müssten und nur bei entsprechend niedrigem Einkommen berücksichtigt werden würden.

Hauptkritikpunkt am geplanten Bauprojekt ist, dass es aus öffentlichen Mitteln finanziert werden soll. Insbesondere Vertreter von CDU und FDP fordern die geplante Gesellschaft über private Investoren finanzieren zu lassen.

Die FREIEN WÄHLER halten diese Forderung für fragwürdig. Denn, wenn tatsächlich langfristig **bezahlbarer Wohnraum** zur Verfügung gestellt werden soll, **kann dies nur über eine Wohnungsbaugesellschaft oder eine öffentli-**

che Wohnungsbaugesellschaft erfolgen.

Private Investoren haben nämlich die Möglichkeit, die Miete alle drei Jahre um bis zu 20% zu erhöhen (BGB §558 Abs. 3). Außerdem würde eine privatwirtschaftliche Hausverwaltung immer die solventesten Mieter heraussuchen. Der gewünschte Effekt, die Wohngeldstelle zu Gunsten des Steuerzahlers zu entlasten, würde verpuffen.

Im Landkreis muss, unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, **eine langfristige Planung erstellt werden, die zunächst feststellt, welches Wachstum der Dörfer und Kleinstädte sich die Menschen überhaupt wünschen.** Denn mit dem Wachstum wird auch ein Mehr an Lärm und Kosten auf uns zukommen und auch mehr Natur unwiederbringlich verbaut. Wenn auf diese Weise ein gemeinsames Ziel des Wachstums definiert wurde, ist zunächst der Verdichtung vorhandener Bebauungen und dem Schließen vorhandener Baulücken der Vorrang zu geben.

Darum wählen Sie am 11. September 2016 die

FREIEN WÄHLER • FWG



Kinderbetreuung im Landkreis Harburg

Vorausschauendes Handeln zum Wohle unserer Kinder und junger Familien im Landkreis

Wenn es um die Bereitstellung von Plätzen für die Kinderbetreuung geht - in Kindertagesstätten oder auch in der Nachmittagsbetreuung der Grundschulen -, müssen Politik und Verwaltung vorausschauend planen.

In den Neubaugebieten unseres Landkreises finden gerade junge Familien und Paare ein Zuhause, die bereits Kinder haben oder erwarten bzw. planen.

Im Bereich der Kindertagesstätten verzeichnen die Städte und Gemeinden im Landkreis Harburg einen erhöhten Bedarf sowohl an Elementarplätzen (3-6jährige) als auch an Krippenplätzen (1-3jährige).

Im Jahr 2013 erfüllten die meisten Städte und Gemeinden die vorgegebene Versorgungsquote an Krippenplätzen von 35%. In diesem Jahr haben wir sogar schon ca. 65% erreicht und die Nachfrage steigt weiter.

Der Rechtsanspruch der Eltern auf Betreuungsplätze muss erfüllt werden. In der Folge daraus müssen auch zunehmend Elementarplätze zur Verfügung gestellt werden, sobald die Krippenkinder 3 Jahre alt sind.

Jährlich werden die neuen Bedarfswahlen aus Geburtenzahlen, Anmeldungen der Eltern und Erfahrungswerten der Städte und Gemeinden neu errechnet. Verständliche Besorgnisse der Eltern, für ihr Kind keinen Platz zu bekommen, führen zu Doppelanmeldungen. Dies erschwert die Einschätzung an Bedarfsplätzen. Die Bevölkerungsentwicklung (vor allem in den Neubaugebieten) und **ein aktueller nicht vorhersehbarer Babyboom ergeben eine steigende Nachfrage** sowohl in den Kitas als auch an den Grundschulen. Die Städte und



Gemeinden müssen deshalb zeitnah auf verschiedene Angebote wie Kita-Neubau, Kita-Umbau und Zweigstellen von Kitas setzen. Die Eltern einer zunehmenden Zahl von Kindern, die eine Nachmittagsbetreuung in den Grundschulen wahrnehmen, fordern ebenfalls ein kurzfristiges Reagieren. Kooperationsverträge mit freien Trägern sollen an allen Wochentagen eine zuverlässige Betreuung garantieren.

Der Landkreis Harburg steht vergleichsweise gut da, wenn es um die Bereitstellung der Betreuungsplätze geht. **Angesichts des weiterhin zu erwartenden Mehrbedarfs sollte man aber auch private Betreuungsmöglichkeiten nicht außer Acht lassen.**

Im Landkreis, so wurde in diesem Jahr bekannt, haben Tagesmütter ihre Tätigkeit an den Nagel gehängt, weil sie sich von der Kreisverwaltung drangsaliert fühlten. Nachdem ein Fall bekannt wurde, meldeten sich immer mehr Betroffene und es wurde deutlich, dass es sich nicht um einen Einzelfall handelte. **Dabei sind**

privat organisierte Betreuungsangebote und Initiativen eine große Entlastung für die Kommunen, denn sie ersparen diesen den Bau bzw. die Erweiterung von Kindertagesstätten.

Kinderbetreuung kostet Geld! Wenn es um unsere Kinder geht, muss es deshalb auch möglich sein, alternative Ressourcen zu nutzen. Wir möchten zum Wohle unseres Nachwuchses eine Auswahl unterschiedlicher Betreuungsmöglichkeiten anbieten können. Hierfür ist es allerdings erforderlich, dass die öffentlichen Verwaltungen auch mit den privaten Betreuungseinrichtungen eine kooperative und konstruktive Zusammenarbeit leisten.

Für eine kinder- und familienfreundliche Politik brauchen wir Ihre Stimmen bei der Kommunalwahl am 11. September!

FREIE WÄHLER • FWG



Wie fühlen sich Seniorinnen und Senioren im Landkreis Harburg?

Eine gute Frage, eine schwierige Frage. Wir lassen einfach einmal eine ältere Mitbürgerin aus Seevetal-Hittfeld zu Wort kommen.

„Vor 40 Jahren haben mein Mann und ich entschieden, dass unsere Kinder in einem ländlichen Umfeld aufwachsen sollen. Insofern habe ich Verständnis für den Ansatz in unserer Gemeinde, jungen Familien durch Schaffung neuen Wohnraums den Zuzug zu ermöglichen. Aber Hittfeld sollte Hittfeld bleiben. Ich liebe Hittfeld. Ein alter Hittfelder hat mir einmal gesagt, man müsse in der dritten Generation in Hittfeld begraben sein. Dann wäre man ein echter Hittfelder. Das trifft auf mich nicht zu, aber ich fühle mich als Hittfelderin.

Ich liebe die Hittfelder Geschäfte in der Kirchstraße, in dem noch überschaubaren EDEKA-Markt einzukaufen, im Eiscafé Leute zu einem Plausch zu treffen, Hochzeiten vor der alten Kirche zu bestaunen oder beim Bäcker oder Schlachter meine Brötchen oder Würstchen zu holen. Das ist mein Hittfeld, ein ländliches Stück Heimat, meine Lebensqualität, mein Zuhause. Hier fühle ich mich wohl. Hier haben wir ein Häuschen gebaut, meine Kinder sind hier groß geworden, ich bin hier verwurzelt. Ich möchte Hittfeld nicht verlassen müssen. Mein Mann ist leider bereits verstorben, und ja, auch ich möchte auf dem Hittfelder Friedhof begraben werden.

Aber ich habe Angst, dass sich dieser Wunsch nicht verwirklichen lässt. Ich habe Angst, mit Kosten für marode Straßen belastet zu werden, die mich zu einem Notverkauf zwingen könnten. Ich habe Sorge, im zunehmenden Alter keine barrierefreie, altersgerechte Wohnung zu finden, weil sie nicht vorhanden oder nicht finanzierbar ist.

Hittfeld ist sehr teuer geworden, der Erlös aus dem Hausverkauf würde die enorm angestiegenen Immobilienpreise nicht decken können. Mietwohnungen dieser Art findet man überhaupt nicht.



Mir graut davor, dass sich dieser Trend verstärkt, wenn renditeorientierte Investoren aufgefordert werden, den Ortskern und damit den ländlichen Charakter durch Um- und Ausbauten nachhaltig zu zerstören oder unbezahlbare Wohnanlagen zu bauen. Mir bereitet es Kopfschmerzen, daran zu denken, dass ich Hittfeld vielleicht einmal verlassen muss, weil ich pflegebedürftig geworden bin und es in Hittfeld kein Seniorenheim oder entsprechende Pflegeeinrichtungen gibt. Und ich fühle mich in dieser Sorge von den etablierten politischen Parteien in unserer Gemeinde zunehmend allein gelassen.

Ich wünsche mir, dass Hittfeld seinen friedlichen und ländlichen Charakter behält, der mich einmal hierher gebracht hat und den ich seit 40 Jahren, trotz zwischenzeitlicher Veränderungen, sehr genieße. Ich wünsche mir, dass die Voraussetzungen geschaffen werden, dass ich hier bleiben kann. Ich wünsche mir offene und ehrliche Gespräche mit Politikern und Verwaltungsfachleuten, die ein Ohr für mich und andere besorgte Bürger haben. Ich werde im September bei den

Kommunalwahlen dieses Mal nicht mehr die Partei wählen, der ich vor fünf Jahren mein Vertrauen geschenkt habe. Ich werde eine Gruppierung wählen, von der ich glaube, dass sie - losgelöst von allen Zwängen - meine Sorgen ernst nimmt und meine Wünsche aufgreift.

Hittfeld ist so liebenswert. Lasst es uns nicht kaputt machen und gebt mir eine Chance, hier bleiben zu können. Vergesst die Senioren nicht. Ich wäre dafür sehr dankbar.“

Wir FREIE WÄHLER können das Wohl aller Einzelschicksale nicht gewährleisten. Aber wir versprechen zuzuhören und uns, wann immer und wo immer möglich, für eine lebenswerte Umgebung, eine ortsnahe Versorgung und ein moderates und verträgliches Wachstum einzusetzen.

Das ist im Interesse der Seniorinnen und Senioren, das ist im Interesse aller Menschen vor Ort.

Dafür brauchen wir Ihre Stimmen am 11. September!

FREIEN WÄHLER • FWG



Bebauung des alten Sportplatzes in Seevetal-Fleestedt

Werden hier noch die Interessen der Fleestedter Bürger berücksichtigt? Oder geht es nur um möglichst hohe Einnahmen, weil das neue Sportzentrum refinanziert werden muss?

Nach Fertigstellung des neuen Sportzentrums in Fleestedt soll nun die Fläche des alten Sportplatzes am Bostelmannsweg der Wohnbebauung zugeführt werden. Der erwartete Verkaufserlös von **ca. 1,3 Mio €** soll zur **Refinanzierung des neuen Sportzentrums** dienen und wird bei den Veröffentlichungen der Verwaltung zu diesem Thema regelmäßig schon einmal von den Baukosten des Sportzentrums in Abzug gebracht, **obwohl er noch nicht realisiert wurde.**

Am 21.04.2015 wurden auf der öffentlichen Sitzung des Ortsrates drei Varianten vorgestellt:

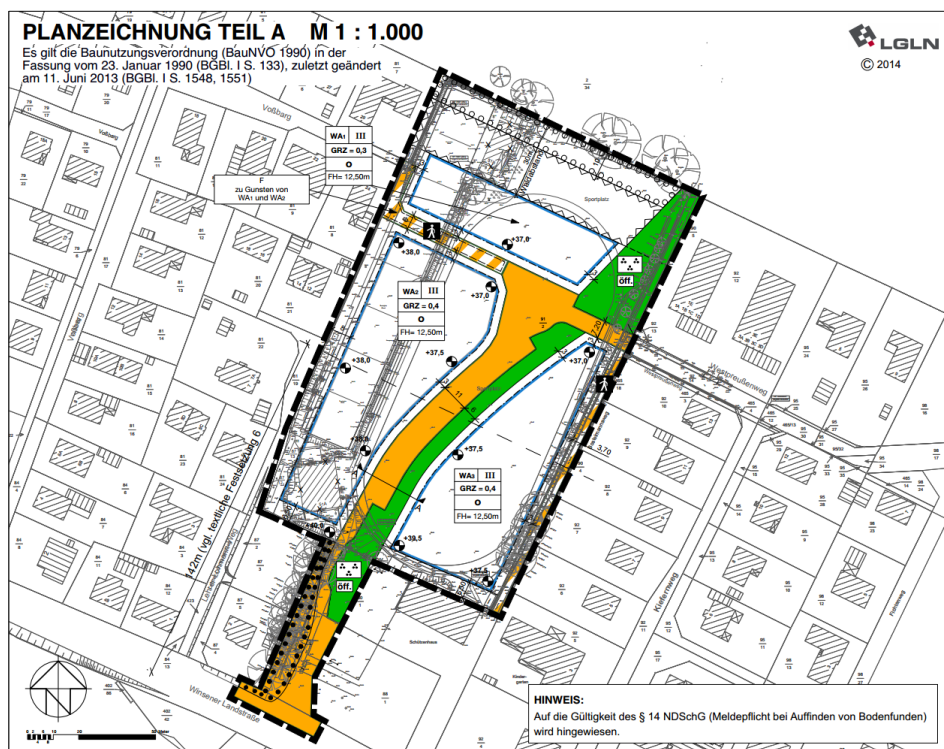
1. Bebauung mit Einzel- und Reihenhäusern sowie einer Seniorenwohnanlage
2. Einzel- und Doppelhäuser sowie einer Seniorenwohnanlage
3. Mehrfamilienhäuser und Seniorenwohnanlage.

Die geplante Zufahrt zu allen drei Varianten sollte über den Kiefernweg und den Westpreußenweg durch die vorhandene Wohnbebauung erfolgen.

Schnell wurde deutlich, dass seitens der etablierten Fleestedter Ortsratspolitiker und der Verwaltung die dritte Variante mit ca. 89 Wohneinheiten favorisiert wird.

Daraufhin kam es schnell zu massiven Protesten der anliegenden Grundeigentümer, die zu Recht stark zunehmende Verlärmung durch erhöhtes Verkehrsaufkommen in den heutigen Wohnstraßen befürchteten. Gefordert wurde unter anderem eine Verkehrsanbindung von der Winsener Landstraße in das Neubaugebiet sowie eine geringere Bebauung.

Um den Protesten Rechnung zu tragen, trat die Verwaltung in eine Vorplanung für eine Zufahrt von der Winsener Landstraße ein. Verkehrrechtlich ist eine solche Anbindung zulässig, bautechnisch aber sehr aufwendig realisierbar, da die unterirdi-



sche Schießanlage des Schützenvereins Fleestedt die Möglichkeiten einer verkehrlichen Erschließung stark einschränken.

Jetzt zeichnet sich eine technisch machbare Lösung ab, die sich im unteren sechsstelligen Bereich auch finanziell realisieren lässt. Es handelt sich dabei um eine Zufahrt von der Winsener Landstraße und eine zweite Zuwegung vom Westpreußenweg, jeweils mit einer Einengung des Begegnungsverkehrs zur Verkehrsberuhigung.

Die FREIEN WÄHLER nehmen auch in Fleestedt ihre städtebauliche Verantwortung ernst und fordern eine deutlich geringere Wohnbebauung mit maximal 40 bis 50 Wohneinheiten. Die Bauhöhe sollte im vorderen Bereich nur zweigeschossig und vor dem Waldgebiet höchstens zweigeschossig plus Staffelgeschoss sein.

Selbstverständlich stehen wir für Seniorenwohnungen und bezahlbaren Wohnraum für junge Familien vor Ort ein. Die Fleestedter Interessengemeinschaft „Gemeinsam Wohnen im Alter“ soll ebenso Berücksichtigung

finden.

Mit einer verringerten Wohnbebauung würde den zahlreichen Einwendungen der Bürger hinsichtlich der Verkehrsproblematik und den massiven Beeinträchtigungen ihrer angrenzenden Grundstücke Rechnung getragen werden. Die Akzeptanz des Neubaugebiets könnte sich dadurch deutlich verbessern.

Wir wollen den dörflichen Charakter von Fleestedt und damit die Lebensqualität der Menschen vor Ort bewahren. Wir stellen uns auch hier gegen eine Verstädterung und Verlärmung, die auf Dauer niemandem nützt.

Um das idyllische und lebenswerte Fleestedt erhalten zu können, brauchen wir am 11. September Ihre Stimmen!

FREIE WÄHLER • FWG



Baugebiet „nördlich Göhlenbach“ in Seevetal-Hittfeld

Wie geht es weiter, oder geht es überhaupt weiter?

Zur Historie

Die FREIEN WÄHLER berichteten in ihrer Bürgerinformation 01/2015 ausführlich über die Bauvorhaben der etablierten Parteien für das Plangebiet „Am Küstergarten/Schwarzer Weg“.

Hier einige Stichpunkte zur Auffrischung:

Um möglichst hohe Gewinne aus dem Verkauf des geplanten Neubaugebietes zu erzielen, wollte die Hittfelder CDU 75 % der Kosten für die äußere Erschließung (Straßenbau und Oberflächenentwässerung) auf die ortsansässigen Bürger abwälzen. **Da die betroffenen Bürger vor dem Beschluss dieser Maßnahmen völlig ahnungslos waren, organisierten die FREIEN WÄHLER eine Informationsveranstaltung.** Die über 100 Anwesenden „fielen aus allen Wolken“, als klar wurde, dass viele Straßen in Hittfeld auf ihre Kosten „aufgerissen“ werden sollten und nach Bezug des Neubaugebietes mit einer erheblichen Zunahme des innerörtlichen Verkehrslärms zu rechnen sei.

Am 15. April 2010 fand auf massiven Druck aus der Bevölkerung eine „offizielle“ Bürgerinformationsveranstaltung statt, die die Inhalte der FREIE WÄHLER-Veranstaltung bestätigte. Nach einer erheblichen Protestwelle organisierte die Gemeinde zur Beschwichtigung eine Bürgerbeteiligung in Workshops. Es kam heraus, dass die ortsansässigen Bürgerinnen und Bürger auf besagtem Plangebiet mit großer Mehrheit eine kleinteilige Bebauung mit Naherholungsflächen favorisierten.

Alle waren perplex, als anschließend der Ausschuss für Umweltschutz und Planung (UPLA) zwei Varianten mit insgesamt 205 Wohneinheiten vorstellte und damit die initiierte Bürgerbeteiligung ad absurdum führte.

Aber es kam noch schlimmer: Wenig später wurde nämlich eine endgültige Variante mit 340 Wohneinheiten vorgestellt.

Am 08.10.2014 kam es daraufhin zu einem einstimmigen Beschluss des Hittfelder Ortsrats, nur die gemeindeeigenen Flächen nördlich „Am Göhlenbach“ als Baugebiet im F-Plan auszuweisen und die Flächen „Am Küstergarten/Schwarzer Weg“ aus dem F-Plan herauszunehmen.

Dieser Beschluss wurde allerdings auf der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Planung (UPLA) am 13.10.2014 vollständig ignoriert und auch die Baulandausweisung des Baugebietes am „Schwarzer Weg“, gegen die Stimmen der FREIEN WÄHLER, durchgesetzt.

Was ergab sich seit 2015?

Die Zufahrt in das Gebiet soll über den Meyermannsweg erfolgen. Eine Fuß- und Radwegverbindung zur Brücke über die L 213 sowie weitere Wege sind vorgesehen.

In einem ersten Entwurf sind auf dem südlichen Teil barrierefreie Mehrfamilienhäuser und im nördlichen Teil Einzel- bzw. Doppelhäuser vorgesehen. Großflächige Begrünung soll das Erscheinungsbild abrunden. Die sich dadurch ergebende Nettobaulandfläche von 41 % wird von einer etablierten Partei und der Bürgermeisterin als zu gering kritisiert.

Zielsetzung der FREIEN WÄHLER:

Die FWG fordert nach wie vor die Umsetzung des einstimmigen OR-Beschlusses und strebt gemäß ihrer städtebaulichen Verantwortung eine moderate, für Hittfeld verträgliche und angepasste Bebauung an.



Die Folgen einer verdichteten Bebauung liegen auf der Hand: erhöhtes Verkehrsaufkommen mit entsprechender Lärm- und Feinstaubbelastung, zusätzliche Infrastruktur mit ihren Folgekosten für die Bürger.

Nach unseren Vorstellungen soll auf der südlichen Fläche eine Seniorenanlage nach dem Vorbild der DRK-Seniorenanlage in Hanstedt entstehen. Diese Anlage bietet eigenständige betreute Wohngemeinschaften, Tagespflegeeinrichtungen, Mietwohnungen für Senioren und nicht zuletzt einen Kindergarten, der in die Anlage integriert ist.

Der Geschäftsführer der Hanstedter DRK-Einrichtung hat bereits Interesse an diesem Projekt in Hittfeld geäußert.

Auf der verbleibenden südlichen Fläche wäre dann immer noch Platz für einige Mehrfamilienhäuser. Im Bereich der nördlichen Fläche sollten sich die Bauhöhen wegen des Geländeanstiegs verringern. Hier könnten Einfamilienhäuser, Doppelhäuser und Reihenhäuser entstehen. Die Bebauung der Fläche „Schwarzer Weg/Am Küstergarten“ wollen wir entsprechend des einstimmigen Ortsratsbeschlusses verhindern. Auf dieser Fläche würde sich eine Entwicklung zu einem Naherholungsgebiet anbieten.

Um diese Ziele durchzusetzen, brauchen wir Ihre Stimmen am 11. September 2016!

FREIE WÄHLER • FWG ~~☒~~ ~~☒~~ ~~☒~~

Burg Seevetal

Sanierung mit Nutzungserweiterung für die Dorfgemeinschaft oder Abriss und Neubau eines kleinen Dorfgemeinschaftshauses?

Die Erstellung der „Burg Seevetal“ mit ca. 2.000 m² Nutzfläche wurde in den 1980iger Jahren, gegen erhebliche Widerstände, von der Seevetaler CDU durchgedrückt. Nach ihrer Fertigstellung stand sie dann die meiste Zeit leer und bescherte dem gemeindlichen Haushalt Jahr für Jahr hohe Verluste!

Wegen einer Knappheit von Veranstaltungszentren im Großraum Hamburg verbesserte sich die Auslastung und damit auch die Einnahmensituation der Burg in den letzten Jahren zunehmend.

Seit ca. drei Jahren steht fest, dass die Burg sehr umfassend renoviert und modernisiert werden muss, da z.B. Brandschutzeinrichtungen nicht mehr den aktuellen Sicherheitsstandards genügen. Ohne diese Renovierung dürfte die Burg nicht mehr weiter betrieben werden. Nach mehreren Fehlschätzungen addierte sich der Gesamtbedarf der erforderlichen Baumaßnahmen schließlich auf die gewaltige Summe von 6,5 Mio €. Daraus resultierte die Frage:

sanieren oder abreißen?

Die CDU/FDP beantragte den Abriss und den Neubau eines kleineren Dorfgemeinschaftshauses mit ca. 420 m² Nutzfläche. Wir haben diesen Antrag sehr sorgfältig geprüft und schließlich abgelehnt. Warum?

Die Burg hat einen Restbuchwert von ca. 1,5 Mio €. In die Sanierung sind bereits ca. 130.000 € geflossen. Durch den Abriss würden weitere Kosten im sechsstelligen Bereich entstehen, sodass wir auf einen geschätzten Gesamtverlust von 2,0 Mio € kommen würden. Ein neues kleines Dorfgemeinschaftshaus läge inkl. der noch zu erwartenden Kostensteigerungen wohl bei ca. 3 Mio € (Quelle: Herr Brandt von der Kämmerei). Die Einnahmemöglichkeiten für ein derartiges Dorfgemeinschaftshaus wären allerdings gleich Null, während die Burg Einnahmen aus kommerziellen Veranstaltungen erwirtschaftet. Nach Umsetzung dieser Variante hätten wir also bei ähnlich hohen Investitionskosten anstatt ca. 2.000 m² nur noch ca. 420 m² Nutzfläche zur Verfügung.

Ein Veranstaltungszentrum in Seevetal gäbe es dann nicht mehr! Wirtschaftlichkeitsbetrachtung:

Die Belegtage der Burg haben sich in den vergangenen Kalenderjahren wie folgt entwickelt:

Jahr	Anzahl Veranstaltungstage	Beleg-tage	Anzahl Veranstaltungen > 200 Pers.	Veranstaltungen von Nutzern aus dem Landkreis	Anzahl der Veranstaltungen welche die gesamte Burg benötigen
2012	190	218	74	152	106
2013	253	267	82	161	100
2014	282	304	106	205	121
2015	264	288	Noch nicht ermittelt.	Noch nicht ermittelt	Noch nicht ermittelt

Es ist erkennbar, dass die Auslastung der Burg innerhalb der letzten vier Jahre einen deutlichen Aufwärtstrend verzeichnet. Von 2012 bis 2015 stieg die Zahl der Veranstaltungen um ca. 39 %. Dementsprechend hat sich auch die finanzielle Situation von 2012-2015 verbessert. Es ist ferner zu erkennen, dass der überwiegende Teil der Nutzer aus Seevetal und dem Landkreis Harburg kommt.

Ein Veranstaltungszentrum, das nach vielen Jahren endlich zu einer besseren Auslastung kommt, abzureißen, erscheint uns insofern nicht nachvollziehbar. Was eine weitere Begründung dafür darstellt, dass wir uns gegen den Abriss und für die Sanierung entschieden haben.

Wofür sollen die 6,5 Mio € ausgegeben werden?

- Technische Sanierung (Lüftung, Brandschutz, Elektrik)
- Wärmedämmung
- Anbau eines zusätzlichen Konferenzraumes und drei Dorfgemeinschaftsräume mit Abstellräumen
- Einbau eines Blockheizkraftwerks
- Bau einer Solarthermie-Anlage.

Einige weitere Entscheidungsgründe für den Erhalt der Burg kurz zusammengefasst:

- Mehrzwecknutzung: Der Dorfgemeinschaftsbereich kann bei mangelnder Auslastung auch an kommerzielle Nutzer vermietet werden.
- Durch Großveranstaltungen über mehrere Tage wird Seevetal bekannter und es kommt Kaufkraft nach Seevetal.
- Erhebliche Energiekosteneinsparungen durch Solarthermie, Blockheizkraftwerk, Wärmedämmung und LED-Beleuchtung.

In den 6,5 Mio € Gesamtbedarf sind bereits Baukostensteigerungen und Kosten für „Unerwartetes“ von ca. 1,1 Mio € enthalten. Die Schätzungen der Gutachter liegen bei ca. 5,4 Mio €. Wir werden darauf drängen, dass die öffentlichen Ausschreibungen eventuell kostengünstigere Alternativvorschläge berücksichtigen.

Resümee:

Der Vorschlag der CDU/FDP-Gruppe – Abriss und kleinerer Neubau – hätte den Steuerzahler ähnlich stark belastet und **das Angebot an kulturellen Veranstaltungen in Seevetal deutlich eingeschränkt**. Wir sehen Seevetal als kulturell funktionierendes Mittelzentrum und nicht nur als „Wohn- und Schlaf- Vorort“ von Hamburg.

Um diesen Standpunkt auch weiter vertreten zu können, brauchen wir Ihre Stimmen am 11. September!

FREIE WÄHLER • FWG 

Wachstum in Seevetal zu Lasten der Maschener?

Neue Wohn- und Gewerbegebiete sollen für Seevetal geschaffen werden. Schnell hat sich allerdings herausgestellt, dass die notwendigen Flächen überwiegend in Maschen vorhanden sind. Werden bei diesen Planspielen auch die Interessen der Maschener Bürger berücksichtigt?

Das von der Verwaltung entworfene „Handlungskonzept zum Flächennutzungsplan“ wurde u.a. auch dem Ortsrat Maschen/Horst/Hörsten vorgelegt. Hierbei ging es in der Hauptsache darum, Wohn- und Gewerbegebiete für Seevetal zu schaffen, um zusätzliche Steuereinnahmen zu generieren. **Schnell stellte sich mit Blick auf die Karte heraus, dass die notwendigen Flächen überwiegend im Bereich Maschen vorgesehen waren.** Der Ortsrat hat dann eine Planungswerkstatt eingerichtet, in der alle für eine Bauplanung vorgesehenen Flächen mit dem Planungsausschuss und der Verwaltung besprochen wurden.

Es wurde eine Kompromisslösung, auf die sich alle einigen konnten, entwickelt. Als es dann allerdings zur offiziellen Abstimmung im Planungsausschuss kam, **wurden viele Änderungen, die mit dem Ortsrat vereinbart wurden, von den Vertretern der Parteien einfach ignoriert. Die Planungswerkstatt war demnach also nur ein Beschwichtigungsmanöver.** Die FREIEN WÄHLER werden sich mit

dieser Art von Unzuverlässigkeit und mangelndem Demokratieverständnis nicht zufrieden geben und weiterhin den von den Parteien initiierten Flächenbrand der totalen Zersiedelung bekämpfen.

Für uns FREIE WÄHLER aus Maschen/Horst/Hörsten gilt es in erster Linie zu verhindern, dass wir baulich mit unseren Nachbarorten zu einer Kleinstadt zusammenwachsen. Wir wollen die Grünflächen im Ortskern erhalten. Für uns ist es nicht akzeptabel, ins Auto steigen zu müssen, um ins Grüne zu gelangen. Wir benötigen keine großen Logistikunternehmen und keine weiteren Lebensmitteldiscounter, die die kleinen ortsansässigen Einzelhändler schwächen. Unter anderem arbeiten wir an einem Verkehrskonzept für Maschen/Horst/Hörsten, **um die derzeit vorhandenen verkehrlichen Engpässe zu entschärfen, insbesondere an der K 86.** Nur mit einem funktionierenden Verkehrskonzept können wir überhaupt in die Zukunft planen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die drin-



gend notwendige Instandhaltung und Erneuerung der Abwasserleitungen im Bereich Maschen. Wir werden darauf achten, dass die Sanierungen nicht zu Lasten der Anwohner erfolgen.

Die wenigen vorhandenen Ausgleichsflächen in Richtung Ohlendorf müssen geschützt werden und dürfen nicht neu geplanten Windkraftanlagen weichen!

Dafür brauchen wir Ihre Stimmen am 11. September 2016!

FREIE WÄHLER • FWG



Bahnverkehrsverlegung in Maschen/Horst/Hörsten

Ca. 4,5 Mio € für die Sanierung eines Bahnhofs in ungünstiger Lage?

Im Rahmen des Modernisierungsprogramms „Niedersachsen ist am Zug“ soll der S-Bahnhof Maschen mittelfristig für 4,56 Mio € modernisiert werden.

Die FREIEN WÄHLER halten diese Maßnahme für eine Fehlinvestition und fordern einen Neubau des Bahnhofs auf der südlichen Seite des Rangierbahnhofs.

Als Standort würden sich die Freiflächen in der Nähe der Alten Bahnhofstraße am südlichen Ausgang der Viehtrift anbieten.

In besagter Lage hätte der Bahnhof klare Standort-Vorteile:

Pendler aus Maschen und Horst würden einen kürzeren Fahr- bzw. Gehweg zum Bahnhof erhalten. Die Hörstener könnten den neuen Bahnhof über die Viehtrift ebenfalls schneller erreichen.

Um die Viehtrift dauerhaft und sicher als Fußgängertunnel zwischen Maschen und Hörsten nutzen zu können, müssten im Zuge der Bahnhofserstellung allerdings noch Hochwasserschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Außerdem wären Modernisierungsmaßnahmen wie Beleuchtung, Beschilderung und ein tiefergelegter Fußwegausbau erforderlich. Diese Maßnahmen halten wir vor dem Hintergrund, die fußläufige Verbindung zwischen Maschen und Hörsten zu verbessern, auch ohne Bahnhofsverlegung für erforderlich.

Die Viehtrift kann die Decatur-Brücke natürlich nicht vollständig ersetzen. Insofern wäre absehbar auch eine neue mit Bussen befahrbare Wegeverbindung zwischen Maschen und Hörsten notwendig. Wo diese entste-



hen könnte, wird derzeit in einem Variantenvergleichsverfahren geprüft.

Um in Sachen ÖPNV voranzukommen, benötigen wir Ihre Stimmen am 11. September 2016!

FREIE WÄHLER • FWG



Straßenausbaugebühren

Modernes Raubrittertum oder notwendiger Beitrag?

Einige von Ihnen haben mit diesem Begriff möglicherweise schon unliebsame Bekanntschaft gemacht.

Anders als andere Gemeinden in Niedersachsen erhebt die Gemeinde Seevetal mittels Straßenausbaubeitragsatzung Gebühren von ihren Bürgern, wenn eine Straße ausgebaut oder erneuert wird. Je nach Maßnahme können bis zu 75 % der entstehenden Gesamtkosten auf die betroffenen Anlieger übertragen werden. Dabei entstehen schnell fünfstellige Summen, die nicht immer problemlos von jedem aufgebracht werden können und zu Härtefällen führen.

Es kann auch Sie treffen, ohne dass die Ursache vor Ihrer Haustür zu finden ist. Dann nämlich, wenn durch großflächige Bebauungen anderswo die Oberflächenentwässerung durch den Kanal in Ihrer Straße erfolgt und dieser zur Aufnahme der größeren Wassermengen ausgebaut werden muss.

Wie man aus der Verwaltung erfahren kann, sind über Jahre - aufgrund anders gesetzter Prioritäten - **dringend notwendige Gelder für die Instandhaltung der teils maroden Infrastruktur in Seevetal verweigert worden.** Das führt nun vermehrt zu Straßenausbau- oder Straßenerneuerungsmaßnahmen, für die die Anlieger belastet werden können. Die reinen Bauunterhaltungskosten wären in vollem Umfang von der Gemeinde aufzubringen.

Andere Gemeinden überlegen ein Umlageverfahren mit Übergangsregelungen oder „wiederkehrende Beiträge“, um Härtefälle zu vermeiden und die Kosten sozialverträglicher zu verteilen. Zum Thema „wiederkehrende Beiträge“ wird derzeit eine Gesetzesnovelle im Landtag von Hannover beraten. Ein Beschluss steht derzeit allerdings noch aus. Dabei sollen bestimmte Straßenabschnitte zu „Bereichen“ zusammengefasst werden und dort entstehende Ausbaukosten auf alle Bürger dieser Bereiche innerhalb eines bestimmten



Sanierung statt Neubau zu Lasten der Anwohner

Zeitraumes umgelegt werden, sodass die Gesamtbelastung nicht sofort anfällt, sondern in diesem Zeitraum durch „wiederkehrende Beiträge“ verteilt wird.

Die **FREIEN WÄHLER setzen sich für die Abschaffung der bestehenden Straßenausbaubeitragsatzung ein und plädieren für ein sozialverträgliches Verfahren.** Dabei müssten Karenzzeiten berücksichtigt werden, damit bereits belastete Bürger nicht mehrfach herangezogen werden.

Vor diesem Hintergrund setzen sich die Freien Wähler ferner dafür ein, dass auf unsinnige Prestigeprojekte, wie z.B. das neue Sportzentrum in Fleestedt, zukünftig verzichtet wird. Damit hätte die Tiefbauverwaltung mehr Mittel zur Verfügung und könnte die notwendige Straßenunterhaltung leisten. Dadurch würden seltener beitragspflichtige Ausbauten notwendig werden.

Die Steuereinnahmen in Seevetal sind auf Rekordniveau, **Bürger und Unternehmen zahlen also schon reichlich.** Es liegt in der Verantwortung der Politik, diese Mittel vernünftig und im Sinne aller Bürger einzusetzen.

Unverantwortlich ist es, wenn dringend erforderliche Instandhaltungsmaßnahmen durch die politischen Entscheidungsträger verhindert werden oder durch willkürliche Veränderungen der Straßen- oder Kanalrohrquerschnitte bewusst ein Straßenausbauprogramm initiiert wird, um dadurch die Bürger über die bestehende Straßenausbausatzung mit bis zu 75 % belasten zu können.

Wo bleibt das Gewissen dieser Verantwortlichen, wenn es in Härtefällen sogar zu Zwangsverkäufen kommt, da weniger betuchte Menschen diese Belastung einfach nicht mehr tragen können?

Schon kurz nach der Wahl sind die nächsten Straßenausbauprojekte in Fleestedt, Hittfeld und Meckelfeld geplant.

Für die Durchsetzung unseres bürgerfreundlichen Alternativvorschlags benötigen wir am 11. September Ihre Stimmen.

FREIE WÄHLER • FWG



Hundesteuer sinnvoll eingesetzt?

Die Gemeinde Seevetal kassiert jedes Jahr ca. 130.000 Euro Hundesteuer! Was passiert eigentlich mit dem Geld?

Wirtschaftsfaktor Hund

Die Hundehaltung ist zwischenzeitlich zu einem enormen Wirtschaftsfaktor geworden. Wie eine Studie der Uni Göttingen von 2006 belegt, zeigt Deutschlands Hundehaltung positive Wirkungen:

- einen jährlichen Umsatz von ca. 5 Mrd € (z.B. Tierärzte, Tierfachgeschäfte usw.).
- Mit der Hundehaltung sind ca. 100.000 Arbeitsplätze verbunden, wobei 50 bis 60 Hunde einen Arbeitsplatz „finanzieren“.
- Hundehaltung verbessert die Gesundheit und reduziert die gesamtwirtschaftlichen Gesundheitskosten um mehr als 2 Mrd €.
- Außerdem erbringen Polizei-, Rettungs- und Therapiehundeleistungen für die Gesellschaft, die zu keinen entsprechenden Kosten führen.

Die Gemeinde Seevetal hat rund 41.000 Einwohner (Stand 03/15) und etwas mehr als 2.500 Hunde. Rein rechnerisch leben in jedem 9. Haushalt ein oder mehrere Hunde, für die ihre Halter **Hundesteuern (in 2015) in Höhe von 130.980 € abgeführt haben**. Hält man in Seevetal nur einen Hund, ist die Steuer relativ moderat. Für die 2.253 Ersthunde werden jährlich jeweils 48 Euro fällig. Kommt aber ein zweiter Hund dazu, wie es in 239 Haushalten der Fall ist, steigt die Steuer für diesen Hund auf 84 Euro. Für den dritten oder jeden weiteren Hund werden sogar 120 Euro fällig.

Hundesteuer nach Belieben festgelegt

Die Gemeinde kann die Hundesteuer nach Belieben festlegen. Unter fiskalischen Gesichtspunkten lassen sich mit der Hundesteuer Einnahmen generieren, deren Höhe nach Bedarf angepasst werden kann. Mit der Hundesteuer wird ein ordnungspolitischer Zweck verfolgt, mit dem die Zahl der gehaltenen Hunde begrenzt werden kann und soll.

Verwendung der Hundesteuer

Doch anders als viele vermuten, kann die Gemeinde selbst darüber entscheiden, wofür sie das über die Hundesteuer eingenommene Geld ausgibt. Ob nun Straßen ausgebessert oder neue Verkehrsschilder aufgestellt werden – die Hundesteuer ist eine willkommene Geldquelle. **Den Steuerzahlern – also den Hundehaltern und Hundehalterinnen – kommt das Geld nicht zugute.** Von den Einnahmen werden keine Hundewiesen/ Freilaufflächen angelegt oder öffentliche Hundetoiletten bereitgestellt und gepflegt. Die Hundesteuer fließt in den laufenden Etat und dient dazu, Löcher im Haushalt zu stopfen.

Deshalb muss sich in Seevetal etwas ändern!

Hundebesitzer sind verpflichtet, die Hinterlassenschaften



ihrer Hunde zu beseitigen, andernfalls drohen saftige Geldbußen. Doch gerade in Bezug auf die Beseitigung des Hundekots kommt es immer wieder zu Beschwerden aus der Bevölkerung. Das ließe sich leicht ändern:

Wenn die Gemeinde **nur 5 % der Hundesteuer**, also 6.500 Euro im Jahr, für die Bereitstellung von öffentlichen Hundetoiletten zur Verfügung stellen würde, könnte man jedes Jahr 15 Kotbeutelspender mit Entsorgungsbehältern in der Gemeinde aufstellen und leeren lassen.

Auslaufflächen und ein Hundewald

Hunde, die artgerecht gehalten werden, treten Mensch und Tier sehr viel freundlicher und gelassener gegenüber als Hunde, denen ein regelmäßiger Freilauf fehlt. Um die Akzeptanz und Integration von Hunden in die Gesellschaft herzustellen und die gegenseitige Rücksichtnahme zu fördern, ist die Bereitstellung von einer oder zwei eingezäunten Auslaufflächen dringend erforderlich. Nachbargemeinden sind bereits mit gutem Beispiel vorangegangen. Jetzt ist Seevetal gefordert, **einen Teil der Hundesteuer für entsprechende Auslaufmöglichkeiten zu verwenden**. Auch ein Hundewald, nach dem Vorbild Dänemarks, würde zur Entspannung in der Bevölkerung beitragen: Denkbar wäre ein ca. zwei ha großes Waldstück, das zwar eingezäunt werden müsste, aber zukünftig keine Aufforstung mehr benötigt und ein echtes Spielfeld für Hunde wäre.

Die Hundelobby Seevetal "Stimme der Hunde" unterstützt uns bei unseren Vorhaben! **Auch dafür brauchen wir Ihre Stimmen am 11. September!**

FREIE WÄHLER • FWG 

Tank- und Rastanlage Seevetal-Meckelfeld

Sollen unsere naturschutzwürdigen Flächen für alle Ewigkeit zubetoniert werden?

Zur aktuellen Sachlage:

Die Grundsituation ist sicher allen Bürgerinnen und Bürgern Seevetals inzwischen bekannt.

Bereits heute trägt Deutschlands einwohnerstärkste Flächengemeinde Seevetal, die an den Süden Hamburgs grenzt, mit ihren 41.000 Einwohnern ein Übermaß an Verkehrsbelastungen für die Metropolregion Hamburg. Drei hochfrequentierte Autobahntrassen und zwei Eisenbahn-Hauptverkehrsstrecken -> Hamburg – Hannover / Hamburg – Bremen durchschneiden das Gemeindegebiet. Bei uns liegen Knotenpunkte wie das Horster Dreieck und das Maschener Kreuz und letztendlich der größte Rangierbahnhof Europas (zweitgrößter der Welt), dessen 24-Stunden-Betrieb Tag und Nacht für enormen Lärm sorgt. Wir Seevetaler ertragen hohe Schadstoffimmissionen durch Feinstaub aus Abgasen der Dieselmotoren und Abrieb der Bremsbeläge.

In Seevetal gibt es keinen Kindergarten, keine Schule und keine Sportanlage, die frei von gesundheitsgefährdenden Verkehrsbelastungen sind.

Jede weitere Belastung Seevetals überschreitet das Übermaßverbot und ist aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger natur- und menschenverachtend.

Aus diesem Grunde sprechen wir uns gegen die auf 23 ha naturschutzwürdigen Feuchtgrünwiesen (Torfgrund) geplante Tank- und Rastanlage „Elbmarsch“ aus, die insgesamt einen Verlust von ca. 80 ha Ackerland zur Folge hätte.

Im Jahre 1997 entschied Hamburg mit dem Bund, ohne die betroffene Gemeinde Seevetal einzubeziehen, dass die Tank- und Rastanlage Stillhorn durch eine größere im Süden ersetzt werden soll. Der sich anbietende neue Standort Neuland wurde von Hamburg mit der Begründung abgelehnt, es handele sich um ein Landschaftsschutzgebiet. Stattdessen entschied man, die Seevetaler Feuchtgrünwiesen zuzubauen. Die neue Tank- und Rastanlage soll also auf Seevetaler Gebiet abgewälzt werden. Diese Planungen pasierten, von Anfang an ohne Zustimmung des Landkreises Harburg und der Gemeinde Seevetal. Boden ist nicht vermehrbare, insofern sollte mit Bedacht über eine Standortalternative nachgedacht werden.

Wir meinen: So sollte man in der Metropolregion Hamburg nicht miteinander umgehen.

Hamburg möchte Boden möglichst gewinnbringend einsetzen. Uns will man dann die LKW-Stellflächen aufbürden, die wiederum zum großen Teil für die Unterstützung der Hamburger Wirtschaft notwendig sind. Offensichtlich möchten



die Hamburger die Torte und wir in der Region sollen die Krümel bekommen.

Auch erwähnen möchten wir, dass das 41.000 Einwohner zählende Seevetal bereits heute mehr Tank- und Rastanlagen hat als die Hansestadt Hamburg -> Seevetal, Ramelsloh / Hasselhöhe, Hittfeld, Harburger Berge.

Im nächsten Jahr wird der Erörterungstermin im Planfeststellungsverfahren stattfinden. Ein wichtiger Termin, bei dem der Beschluss für den Bau der Tank- und Rastanlage gefasst werden soll. Wir brauchen Frauen- und Manpower, wir brauchen SIE, jede Bürgerin und jeden Bürger, die bzw. der es zeitlich einrichten kann zu kommen, um klarzustellen, was wir von dem zu erwartenden Beschluss halten. Datum und Ort teilen wir rechtzeitig mit.

Wir danken allen Bürgerinnen und Bürgern, die Einwendungen im Planfeststellungsverfahren geschrieben haben und allen, die ihre Unterschrift auf der Petition abgegeben haben.

Es geht um UNS hier in Seevetal, um die Gesundheit der hier lebenden Menschen, um unsere Lebensqualität, die wir erhalten wollen. Es geht auch um die Wertigkeit unserer Immobilien und um unsere Natur, die Lebensraum vieler Tierarten ist und uns eine schöne Feierabendholung ermöglicht. Großprojekte, die uns in diesem Ausmaß weiter verlärmern, Schadstoffimmissionen freisetzen und nachts erheblichen Lichtsmog erzeugen, lehnen wir ab!

Die Freien Wähler stehen geschlossen hinter der Bürgerinitiative gegen die Raststätte „Elbmarsch“ in Meckelfeld und unterstützen diese in vollem Umfang.

Auch dafür brauchen wir Ihre Stimmen am 11. September!

FREIE WÄHLER • FWG 

FREIE WÄHLER auf dem Vormarsch

Wer sind wir und was ist unser Anspruch?

Dafür stehen die Freien Wähler!

Wir möchten Sie vertreten, wir möchten Ihre Stimme hören und weitertragen, wir möchten Ihre Interessen aufgreifen und einbringen. Und wir werden das tun, ohne dabei einem Fraktionszwang unterworfen zu sein. Frei von jeglichen Interessengruppen, frei von parteigesteuerter Einflussnahme.

Warum erfreuen sich unabhängige Wählergemeinschaften im Vergleich zu den sogenannten etablierten Parteien zunehmender Beliebtheit?

Dass Parteien bei ihrer Entscheidungsfindung stark durch Lobbygruppen beeinflusst werden und es dabei häufig zu Entscheidungen kommt, die kaum jemand nachvollziehen kann, ist jedem bekannt.

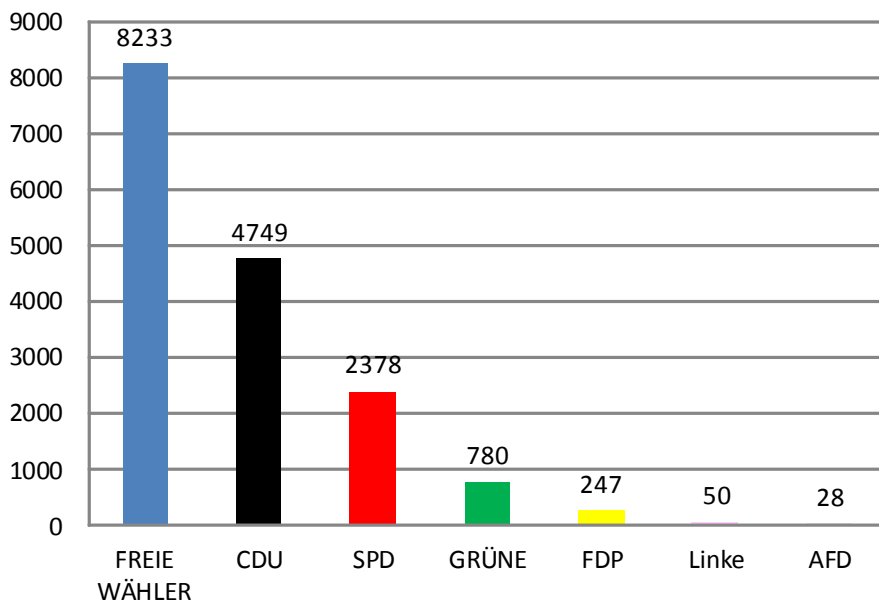
Besonders misslich ist dabei allerdings die Rolle der Kreis- und Ortsverbände besagter Parteien. Diese müssen Beschlüsse, die „von oben“ kommen, nämlich mittragen, also auch auf kommunaler Ebene vertreten.

Beispiel: Die Bankenrettungspolitik und die Flüchtlingspolitik der etablierten Bundesparteien werden allen Ortsverbänden als Meinung, die sie öffentlich zu vertreten haben, vorgegeben. In einem derartigen „Würgegriff“ befinden sich Unabhängige Wählergemeinschaften nicht. Hier gibt es kein „Reinregieren“ von übergeordneten Vorständen. FREIE-WÄHLER-Gemeinschaften entscheiden selbständig, also unabhängig.

FREIE-WÄHLER-Gemeinschaften blicken zurück auf eine über 60-jährige Geschichte und entwickeln sich von Süden nach Norden.

Die erste FREIE-WÄHLER-Gemeinschaft wurde 1947 von Dr. Erich Weiler in Mosbach (Baden-Württemberg) gegründet. Bereits ab 1956 gab es einen Landesverband der FREIEN WÄHLER in Baden-Württemberg. Seit 1965 gibt es einen FREIE-WÄHLER-Bundesverband.

Sitzverteilung auf Gemeinderatsebene in Baden-Württemberg 2014



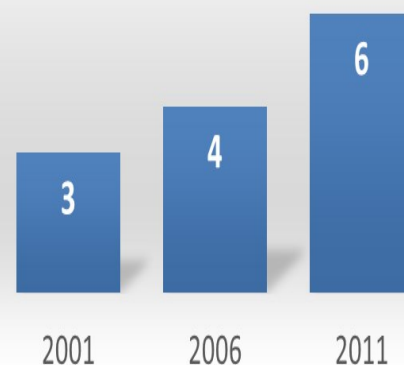
Quelle: <https://www.statistik-bw.de/Wahlen/Kommunal/02045000.tab?R=LA>

Inzwischen sind die FREIEN WÄHLER in Baden-Württemberg mit Abstand die stärkste kommunale Kraft (s. Grafik).

Freie Wähler im Landkreis Harburg

Auch im Kreistag sind die Freien Wähler seit 2011 mit einem Mandat vertreten. Besonders stark haben wir in Seevetal abgeschnitten. Hier sitzen derzeit 6 Vertreterinnen und Vertreter im Gemeinderat (nach 4 in 2006). Auch bei den Ortsratswahlen z.B. in Hittfeld, Maschen und Fleestedt, konnten wir gute Ergebnisse erzielen. Bei der anstehenden Kreistagswahl kooperieren wir zudem mit verschiedenen Bürgerinitiativen und Wählergemeinschaften aus Nachbarorten (z.B. Stelle, Elbmarsch, Jesteburg, Bendestorf und Rosengarten). Wir sind auf einem guten Weg, den wir gemeinsam mit Ihnen weitergehen möchten!

FREIE WÄHLER-Mandate im Seevetaler Gemeinderat



Unsere Kandidaten für die Ortsrats- und Gemeinderatswahlen in Seevetal

Sie haben für den Ortsrat und den Gemeinderat jeweils drei Stimmen. Dabei können Sie sich neben der Wahl unserer Liste auch völlig frei für einen oder mehrere Kandidaten entscheiden. Nachfolgend erhalten Sie einen Auszug aus unseren Kandidatenlisten. Alle weiteren Informationen stehen auf unserer Homepage: www.fw-harburg-land.de.



Ortsratsbereich: Hittfeld / Helmstorf / Emmelndorf / Lindhorst

Willy Klingenberg

Bauingenieur

Direkte Demokratie stärken

„umfassende Bürgerbeteiligung vor wichtigen politischen Entscheidungen“

Dr. Irmelin Schütze

Ärztin

Bürgerbeteiligung auch bei unbequemen Themen

„mich interessiert Ihre Meinung“



Ortsratsbereich: Maschen / Horst / Hörsten

Kirsten Petersen

Bilanzbuchhalterin

Intelligentes Konzept für bezahlbaren Wohnraum

„zur Entlastung der Wohngeldkassen“

Werner Zimmer

Elektroingenieur i.R.

Die Wünsche und Erfahrungen älterer Mitbürger ernst nehmen



Ortsratsbereich: Meckelfeld / Klein Moor

Angelika Gaertner

Unternehmerin

Besserer Lärmschutz für unsere Gesundheit

„Lärmschutz an Hauptverkehrsstrassen ausbauen“

Manfred Karl

Bauingenieur i.R.

Für eine moderate ortsübliche Bebauung

„organisches Wachstum statt großflächiger Neubaugebiete“



Ortsratsbereich: Fleestedt / Glüsigen / Beckedorf / Metzendorf

Patrick Alm

Bankkaufmann

Bürgerbeteiligung auch bei unbequemen Themen

„mich interessiert Ihre Meinung“

Timo Röntsch

Wirtschaftsingenieur

#NURDERTUS



Ortsratsbereich: Ramelsloh / Ohlendorf / Holtorfsloh

Marlis Grundt

Dozentin

Hundesteuer für Hundetoiletten und Freilaufflächen

„freundliches Miteinander durch gelöste Konflikte“

Wilfried Nickel

Polizeiamtsrat a.D.

Bürgerwille statt Parteienbrille

„FREIE WÄHLER für ideologiefreie Sachentscheidungen“



Unsere Kandidaten für die Kreistagswahlen

Auch für die Kreistagswahl haben Sie drei Stimmen. An erster Stelle auf dem Stimmzettel können Sie die FREIE WÄHLER-Liste als Zweitstimme wählen. Alle anderen Felder sind den einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten zugeordnet. Für den Landkreis Harburg haben wir insgesamt 67 Kandidaten aufgestellt. Nachfolgend erhalten Sie daraus einen Auszug. Alle weiteren Kandidaten finden Sie auf unserer Homepage: www.fw-harburg-land.de.



Winsen-Nord/Elbmarsch

Werner Zenz

Betriebsleiter i.R.

Bürgerwille statt Parteienbrille

„FREIE WÄHLER für ideologiefreie Sachentscheidungen“

Winsen-Süd/Stelle

Harald Kottsieper

Dipl.-Ing. Verkehrswesen

Bürgerwille statt Parteienbrille

„FREIE WÄHLER für ideologiefreie Sachentscheidungen“



Salzhausen/Hanstedt

Kai Wienrich

Versicherungsfachwirt

Bürgerbeteiligung auch bei unbequemen Themen

„mich interessiert Ihre Meinung“

Seevetal-Süd

Willy Klingenberg

Bauingenieur

Direkte Demokratie stärken

„umfassende Bürgerbeteiligung vor wichtigen politischen Entscheidungen“



Seevetal Nord

Angelika Gaertner

Unternehmerin

Besserer Lärmschutz für unsere Gesundheit

„Lärmschutz an Hauptverkehrsstrassen ausbauen“

Rosengarten/Hollenstedt

Manfred Meyer

Polizeibeamter i.R.

Bürgerwille statt Parteienbrille

„FREIE WÄHLER für ideologiefreie Sachentscheidungen“



Neu Wulmstorf

Prof. Dr. Reinhard Strehlow

Hochschulprofessor

Energiewende? Ja, aber mit Verstand

„keine Windräder in der Nähe von Wohn- und Naturschutzgebieten“

Buchholz-Nordwest

Horst Baumann

Vertriebsassistent

Direkte Demokratie stärken

„umfassende Bürgerbeteiligung vor wichtigen politischen Entscheidungen“



Buchholz-Südost /Jesteburg

Hansjörg Siede

Unternehmensberater

HVV-Großbereich auch für Buchholz und Jesteburg

„günstige Lösungen für die Pendler durchsetzen“

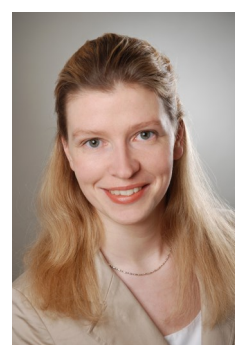
Tostedt

Friederike Schröder

Juristin

Haben Politiker vergessen, woher die Steuergelder kommen?

„FREIE WÄHLER für eine nachhaltige Finanzpolitik“



Entwickeln sich Gemeinden im Landkreis Harburg bis 2030 zu Städten?

Werden aus der Ansammlung der zum Teil noch idyllischen Orte im Landkreis Harburg bald zusammenhängende Städte?

Noch gibt es Bereiche im Landkreis, die eine hohe Wohnqualität aufweisen. Noch gibt es Ortschaften mit dörflichem Charakter und **noch gibt es Grünflächen, die ökologische Rückzugsgebiete sind**. Rückzugsgebiete für eine Vielzahl von Tierarten, aber auch für uns, um uns nach den Mühen des Tages zu erholen und Kraft zu tanken.

Viele Bürger aber sehen sich und ihre Kinder einer zunehmenden Lebensbeeinträchtigung ausgesetzt. Vornehmlich durch eine deutliche Zunahme von Verkehrslärm, Feinstaubimmissionen und einer unbegrenzten Landschaftszersiedelung, sodass sich jede Verschärfung durch immer neue großflächige Baugebiete eigentlich von selbst verbietet. Das Gegenteil ist allerdings der Fall.

Wie entsteht eigentlich Verstädterung?

Die in der Regel mehrheitlich in den Gemeinderäten vertretenen CDU/FDP-Gruppen entscheiden wo, was und wie viel gebaut wird. Auffällig ist dabei, dass oft eine möglichst dichte und hohe Bebauung angestrebt wird. Dabei spielen natürlich die Gewinnmaximierungsabsichten der Investoren, die hinter den CDU/FDP-Gruppen stehen, eine zentrale Rolle. Öffentlich begründet werden die Projekte dann aber stets mit dem vorhandenen Bedarf.

Die in den Ortszentren ansässigen kleinen Einzelhandelsunternehmen bauen ebenfalls Druck auf, um die Politik zur Ausweisung neuer Wohngebiete zu bewegen. Man verspricht sich davon, die durch den Internethandel rückläufigen Umsätze durch mehr Anwohner (potenzielle Kunden)

ausgleichen zu können.

Nach unserer Einschätzung ist das eine sehr kurzsichtige Planung, denn je mehr Bewohner in einem Ort leben, desto mehr Nachfragekonzentration entsteht. Insbesondere international agierende Handelsketten siedeln sich ab einer bestimmten Einwohnerdichte gerne an und machen dann den ortsansässigen Einzelhändlern das Leben schwer. Noch weniger nachzuvollziehen ist das Argument, dass mit der Ansiedlung von Neubürgern die gemeindlichen Finanzen saniert werden können. Bei der Ansiedlung von Gewerbe mag dies stimmen, aber bei der Ansiedlung von Neubürgern sind die Kosten für Infrastrukturmaßnahmen wie Kitas, Ganztagschulen, Integration, ÖPNV und weiterer Sozialleistungen größer als die zusätzlich generierten Steuereinnahmen. Dieses Verlustprinzip wird besonders deutlich, wenn man sich die Steuersätze und Verschuldungen von größeren Städten im Vergleich zu kleineren Gemeinden ansieht.

Wenn das beschriebene „Zersiedelungssystem“ nicht durch geänderte Mehrheitsverhältnisse aufgebrochen wird, ist zu befürchten, dass es sich insbesondere auch vor dem Hintergrund der andauernden Niedrigzinspolitik weiter verstärkt. Irgendwann werden unsere Kinder feststellen müssen, dass aus den schönen kleinen Orten, in denen sie behütet aufwachsen durften, Trabantenstädte von Hamburg wurden.

Wie wollen wir 2030 wohnen?



FW FREIE-WÄHLER-Gemeinschaft Landkreis Harburg e.V.

Am Erlengrund 3 • 21218 Seevetal • Telefon: 0177 / 2487665

Telefax: 04105 / 635919 • Email: info@fw-seevetal.de

www.fw-harburg-land.de

V.i.S.d.P.: Willy Klingenberg, Auflage: 20.000 Exemplare

unabhängig • sachbezogen • bürgernah